

Die Briefe Kaiser Wilhelms I.

Herausgegeben vom
Kaiser-Wilhelm-Institut für deutsche
Geschichte



Verlag Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagsbuchhandlung — J. Guttentag, Verlags-
buchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.
Berlin 1931 Leipzig

Kaiser Wilhelms I.
Briefe an
Politiker und Staatsmänner

Zweiter Band 1854—1869

Bearbeitet von

Johannes Schulze



Verlag Walter de Gruyter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlags-
buchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Zeit & Comp.

Berlin

1931

Leipzig

Vorwort

Wie bereits in dem Vorwort zum ersten Bande bemerkt wurde, war als Grenze dieses Bandes das Jahr 1864 in Aussicht genommen. Es wurden aber darüber hinaus noch wenige Schreiben hinzugefügt, welche mit den gleichen Persönlichkeiten gewechselt wurden, so daß u. a. die Briefe an von Vinde-Olbendorf, August von der Heydt hier vollständig vorliegen.

Da ein weiterer Band für die folgenden Jahrzehnte erst in Vorbereitung ist, erhalten diese Bände durch ein gemeinsames Register einen vorläufigen Abschluß.

Berlin-Dahlem

Joh. Schulze

Zur Einführung

Der erste Band führte bis zum Ausgange des Jahres 1853. Die Verwicklungen im Orient, der russisch-türkische Konflikt, in dem die Westmächte gegen Rußland für die Türkei eintraten, standen um diese Zeit im Mittelpunkt der Politik der europäischen Mächte¹. In den liberalen Kreisen Preußens sah man jetzt die Gelegenheit gekommen, um mit dem russischen Despotismus, der Preußen mit seinen deutschen Bestrebungen in Olmütz unter das Joch gezwungen hatte, abzurechnen und in Anlehnung an die Westmächte die in Olmütz aufgegebenen deutsche Politik wieder aufzunehmen. Diese Anschauung wurde auch innerhalb der dem Prinzen Wilhelm nahe stehenden Partei des Preussischen Wochenblattes und von der Prinzessin vertreten. Ihr versuchte im besonderen der preussische Gesandte in London, Bunsen, Geltung zu verschaffen. Seine Ansichten, die von den andern dem prinzlichen Kreise nahe stehenden und zur Wochenblattpartei gehörigen Diplomaten, wie Ugedom, Albert Bourtalés und Robert von der Goltz, unterstützt wurden, dürften den Prinzen maßgebend beeinflusst haben. Auch Wilhelm verfocht ein entschiedenes Zusammengehen Preußens mit den andern Großmächten, aber nur um Rußland eine Lektion zu erteilen. Er wollte sich damit doch nicht ganz den Westmächten verschreiben

¹ Vgl. dazu die kürzlich erschienene Darstellung von Kurt Borries, Preußen im Krimkriege (1853—1856). Stuttgart 1930.

und keinesfalls auf die Dauer einen Bruch mit Rußland herbeiführen. Er gedachte vielmehr mit einem solchen Schritt den wahren Interessen Rußlands zu dienen, um durch den einmütigen Druck den Zaren zu seinem eigenen Heile zum Nachgeben zu nötigen und einen Krieg überhaupt zu verhindern. Er wollte die Forderungen des Liberalismus und eine Orientierung im Sinne der Westmächte mit seiner alten tief wurzelnden Anhänglichkeit an das Zarentum in Einklang bringen und die Freundschaft mit ihm für die Zukunft nicht aufgeben. Eine Anschauung, die einen inneren Widerspruch in sich barg und sich über die Folgen einer derartig zwiespältigen Politik täuschte. Der volle Grimm über die erlittene Niederlage hätte sich gegen Preußen ausgewirkt. Demgegenüber wollte der König die Neutralität Preußens bewahren, aber auch er blieb zunächst von den deutschen Ideen seiner liberalen Freunde nicht unbeeinflusst.

Ende Dezember 1853 hatte er in vertraulicher Mission den Grafen Albert Pourtalès nach London gesandt, um die preußische Neutralität als den englischen Interessen entsprechend zu verteidigen und als Lohn für diese Haltung freie Hand in der Ordnung der deutschen Angelegenheiten, d. h. die Möglichkeit zu einer Wiederaufnahme der in Olmütz aufgegebenen Radomischschen Politik zu erlangen. Ein merkwürdiger ebenfalls widerspruchsvoller Plan, der doch nur im Gegensatz zu Österreich denkbar war und von England das zu erlangen dachte, was Rußland Preußen verweigert hatte. Die Mission des Grafen Pourtalès blieb eine Episode. Uns interessiert daran, daß Prinz Wilhelm die hier eröffnete Aussicht auf eine Fortentwicklung der deutschen Frage im preußischen Sinne — Pourtalès hatte eine militärische

Einigung unter preußischer Führung im Auge — mit Wärme aufnahm. „Die preußisch-deutschen Ideen“ erschienen ihm „von immenser Wichtigkeit“. Die Vormachtstellung Preußens in Deutschland war ihm das letzte Ziel der preußischen Politik geblieben, aber er betrachtete die Pläne seiner politischen Freunde doch mit kritischem Auge, und er erkannte die ungeheuren Schwierigkeiten, die bei der damaligen Lage der Dinge derartigen Bestrebungen Preußens begegnen mußten. Nur einem hätte er es zugetraut dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, Radomiz, und der war nicht mehr. Der König hielt in der Folge an einer ungeteiligten Neutralität fest¹. Die Spannung wuchs zwischen der russenfreundlichen Richtung am Berliner Hofe und den westmächtl. eingestellten Diplomaten, die am Hofe des Prinzen von Preußen Rückhalt suchten und fanden, und führte bei der Unbesonnenheit der letzteren, insbesondere infolge Bunsens phantastischer Pläne und Eigenmächtigkeit, bald zu einem offenen und scharfen Konflikt. Die Ratgeber und Freunde des Prinzenpaares, Bunsen, Bonin, Uvedom, wurden kaltgestellt.

Die Maßreglungen und die Art, wie sie erfolgten, verletzten den Prinzen Wilhelm tief. Er empfand sie nicht mit Unrecht auch als gegen ihn persönlich gerichtete feindselige Akte, mit denen die Kamarilla die Fronde am Hofe des Thronfolgers zu brechen versuchte. Tief getränkt verließ Wilhelm Berlin, und ein ernstes Zerwürfniß zwischen dem König und seinem Bruder schien sich anzubahnen. Die fürs erste geschlagene Gegenpartei, die Prinzessin selbst und ihre Freunde, suchten ein solches Zerwürfniß zu schaffen

¹ Vgl. darüber Votries a. a. D., wo auch die Stellungnahme des Prinzen Wilhelm und der spätere Konflikt eingehend behandelt ist.

und zu vertiefen, um damit in Anlehnung an die öffentliche Meinung die Gegner ihrer Politik zu vernichten. Wenn Ufedom es versuchte (Nr. 187), den Prinzen zu einer offenen und entschiedenen Opposition zu drängen, so geschah dies ganz in Übereinstimmung mit der Prinzessin und ihren Gesinnungsgenossen. Wenige Tage später schrieb der Prinzregent Friedrich von Baden an den Herzog Ernst von Koburg:

„Wenn der Prinz fest und unbeirrt auf der eingeschlagenen Bahn weiterstreitet, also nicht nachgibt, glaube ich, muß die nun herrschende Partei mit ihrem ganzen Anhang in dem übrigen Deutschland gesprengt und vernichtet werden.“ Augusta sah in dem Gemahl jetzt den Träger des nationalen Prinzips, dem die Zukunft gehörte.

Aber Prinz Wilhelm war kein Heißsporn, er dachte nicht daran, Führer einer Fronde zu werden, deren politische Überzeugungen und Ziele doch in mancher Hinsicht mit seiner Anschauungsweise gar nicht im Einklang standen. Wenn man derartiges von ihm erwartete und ihn dahin drängen zu können vermeinte, so verkannte man völlig die Natur des Mannes, mit dessen ausgesprochenem preussischen Pflichtgefühl sich eine öffentliche Opposition gegen den königlichen Willen niemals vertrug und den bei seinem Schritte nur der Unwille gegen die Kamarilla, die unverantwortlichen Ratgeber des Königs, und das Gefühl einer persönlichen Kränkung geleitet hatte. Das damalige Vorgehen gegen die persönliche Umgebung des Prinzen zeigt auch, wie weit sich auf Seiten dieser Kamarilla die Kampfeslust verflieg.

Wilhelm wollte durch eine Beurlaubung wohl protestieren aber nicht frondieren, vielmehr lediglich abseits von den

ihm unerwünschten politischen Geschehnissen stehen, so lenkte er im Hinblick auf die weiter gehende Auslegung bald ein und folgte seiner Pflicht als erster Untertan.

Als 9 Jahre später Wilhelms Sohn unter dem Drängen seiner liberalen Freunde in öffentlicher Ansprache als Thronerbe der Regierung des königlichen Vaters entgegentrat und einen ernststen Konflikt dadurch heraufbeschwor, da hat der Sohn sich durch den Hinweis auf jene Handlungen des Vaters zu rechtfertigen versucht. Mit Recht konnte der Vater solchen Vergleich ablehnen.

Er glaubte damals eine persönliche Herausforderung unverantwortlicher Ratgeber zu erkennen, die ihn zu persönlicher Stellungnahme zwang, und dann vor allem, er hatte niemals eine öffentliche Demonstration beabsichtigt. Daß der Konflikt ein öffentlicher wurde, war kaum seine Schuld.

Im Zusammenhange mit der Gegnerschaft zwischen Prinz Wilhelm und Kamarilla stehen offensichtlich auch die Angriffe, welche 1853 gegen den Freimaurerorden als die angebliche Pflanzstätte der Revolutionen und unchristlichen Wesens erfolgten. Prinz Wilhelm war Freimaurer und Protektor der Preussischen Großlogen (seit 1840), 1853 hatte auch sein Sohn Prinz Friedrich Wilhelm sich dem Orden angeschlossen. Die Angriffe gingen aus von extrem orthodox gerichteter Seite, die enge Fühlung mit der Umgebung des Königs, insbesondere Leopold von Gerlach, hatte; sie mußten den Prinzen als eifriges Logenmitglied und Protektor der preussischen Landeslogen kompromittieren. Der Prinz hat die Tendenz dieser Bestrebungen auch richtig empfunden. Die Briefe an den Generalsuperintendenten Moeller und an den Präsidenten des Oberkirchenrats, in

denen er diese Angriffe temperamentvoll und eindrucksvoll abwehrte, waren deshalb hier nicht auszuschließen.

Die unheilbare Erkrankung des Königs legte dem Prinzen, was er für sich nicht mehr erwartet hatte, im Herbst 1857, zunächst als Stellvertreter, die Zügel der Regierung in die Hände. Ein Jahr später erfolgte die Übertragung der Regentschaft, mit der die in der preussischen Geschichte als „Neue Ära“ bezeichnete Periode begann. Die Regierungsfähigkeiten Wilhelms hat man offenbar im engeren Kreise der prinzlichen Familie und ihrer politischen Freunde recht eigenartig eingeschätzt. Aus dem Briefwechsel seines Schwiegersohnes, des Großherzogs Friedrich von Baden¹, mit der Prinzessin Augusta und dem Prinzen Friedrich Wilhelm (Friedrich III.) wissen wir, daß man damals im Oktober 1857 daran dachte, ihm einen Ratgeber beizugeben, wobei der Herr von Schleinitz ins Auge gefaßt war. Die Prinzessin schrieb dem Großherzog am 25. Oktober 1857: „Es liegt im Wesen des Prinzen zu viel Wohlwollen, und er ist zu unfähig zu Intrigen, als daß er den Grad der Vorsicht besitzen sollte, der leider in einem solchen Berufe und in Zuständen wie den preussischen nötig ist. Er wird also jedenfalls von den Ministern usw. ausgebeutet werden und es zu spät erkennen, dagegen läßt sich nur durch die vereinte Anstrengung aller seiner Freunde etwas tun, meine schwachen Kräfte vermögen nichts.“ Aus den letzten Worten spricht bereits Resignation, hervorgerufen dadurch, daß der Prinz es in jenen kritischen Tagen sorgfältig vermied, der Gattin gegenüber prinzipielle Regierungsfragen zu

¹ S. Onken, Großherzog Friedrich von Baden und die deutsche Politik 1834—1871, Bd. 1, S. 52 ff.

berühren und ihre Meinung einzuholen. Aus einem Schreiben vom 18. Oktober, dessen Schreiber und Empfänger nicht bekannt sind, erfahren wir näheres über die damals im Kreise der politischen Gesinnungsgegnossen der Prinzessin Augusta erwogenen Pläne. Als die Regelung der Stellvertretung des Königs bevorstand, heißt es, habe die in Koblenz weilende Prinzessin fünfmal an den Prinzen die Bitte gerichtet, nach Berlin kommen zu dürfen. Jedesmal sei ein entschiedenes „Nein“ die Antwort gewesen. Daraufhin war dem Prinzen vor jeglicher Regierungshandlung Ratserholung bei Herrn v. Uedom empfohlen worden. Vor einem Entschlusse in der Frage der Regentschaft sollte Wilhelm zuvor das Gutachten „von dreien seiner geprüften rechtskundigen Freunde“ vernehmen, als solche wurden die Herren v. Uedom, Alexander v. Schleinitz und Rudolf v. Muerstwald vorgeschlagen und bei dem Ausfall eines von ihnen Heinrich v. Arnim als Ersatzmann. Es waren dies die Vertrauensmänner der Prinzessin, deren Zeit jetzt gekommen schien, und von denen zwei (Schleinitz und Muerstwald) ein Jahr später auch in das neue Ministerium des Regenten traten.

Die starke Unterschätzung der Persönlichkeit Wilhelms in diesem Kreise der „Hofopposition“ der letzten Jahre tritt noch in einem Schreiben des ebenfalls dazu gehörigen Generals v. Wedell aus dem August 1858 vor Eintritt der Regentschaft entgegen: „Ich fürchte aber sehr, daß er (Wilhelm) die Zügel nicht in der Hand behalten wird, und Rutscher und Vorreiter in Hülle und Fülle erscheinen werden, um ihm Unterricht zu erteilen, und er nicht nach seinem Sinn, sondern nach dem von vielen andern hin und her gezogen wird, da er, obgleich er sehr barock aussieht, doch

eigentlich gar keinen eigenen Willen hat und die Sache noch übler werden kann, als sie jetzt schon ist.“

Man hatte sich gründlich geirrt. Der Prinz übernahm die Regentschaft mit dem festen Willen, selbst das Steuer zu führen und sich von niemandem lenken zu lassen.

Einen Vorreiter hat er erst einige Jahre später nehmen müssen, aber erst nach reiflichem eigensten Entschlusse einen, der den rechten Weg zu finden wußte, dem er mit Vertrauen folgen konnte. Der Briefwechsel mit den Ministern und Beamten nach Übernahme der Regierungsgeschäfte legt Zeugnis ab von der Selbständigkeit und Frische, mit welcher der Prinzregent alsbald alle Dinge angriff.

Bismarck hat die Prinzessin Augusta als „Begründerin und Patronin“ des ersten von Wilhelm als Regenten besetzten Ministeriums bezeichnet und die Stellung des Regenten gegenüber diesem Ministerium als stark abhängig geschildert¹. Diese Auffassung erweist sich auch an der Hand unserer Briefe als nicht zutreffend. Bei der Haltung, die der Prinz in den vergangenen Jahren gegenüber dem Gange der äußeren und inneren Politik der preussischen Regierung eingenommen hatte und die ihn zeitweise in eine ausgesprochene Gegnerstellung gegen deren Urheber drängte, war es unausbleiblich, daß der Übernahme der Regentschaft durch Wilhelm auch ein Wechsel in den leitenden Persönlichkeiten folgen mußte. Wenn man aber hoffte oder fürchtete, daß jetzt ein ausgesprochenes Parteiprogramm für den Gang der Dinge bestimmend werden könnte, so war solches bei der Abneigung Wilhelms gegen jede Partei-

¹ Gedanken und Erinnerungen I, Kap. 9, IV. Vgl. dazu auch Ernst Berner, Der Regierungsanfang des Prinz-Regenten von Preußen und seine Gemahlin. Berlin 1902.

doctrin, bei seiner ausgeprägten Eigenwilligkeit und bei seinem ausgesprochen konservativen Sinn ganz unbegründet.

Es war nicht anders zu erwarten, als daß der Regent die neuen Männer aus den Kreisen wählte, mit deren Ansichten sich seine Anschauungen in den letzten Jahren während des Gegensatzes zwischen Koblenz und Sans Souci mehr oder weniger begegnet hatten. Eine innere Abhängigkeit des Prinzen von den Wünschen der Gemahlin ist in dieser Auswahl nicht gegeben. Zwei der im November 1858 berufenen Minister, Rudolf v. Auerswald und General von Bonin, waren nach Ansicht des Prinzen seinetwegen einst der Maßreglung verfallen, sie standen ihm besonders persönlich nah, und er wollte ihnen jetzt Gerechtigkeit widerfahren lassen. Alexander von Schleinitz und Bethmann-Hollweg gehörten zwar zu den Freunden der Prinzessin und waren sicherlich auch Männer ihrer Wahl, doch genossen sie als führende Politiker der Wochenblattspartei schon lange ebenso das Vertrauen des Regenten. In den politischen Anschauungen Wilhelms und Augustas hatte die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Kamarilla zu einer Annäherung geführt, die, wenn sie auch nur oberflächlich war und nicht in grundsätzlicher Übereinstimmung ruhte, jetzt auch bei der Ministerwahl zum Ausdruck kommen mußte. Den entschiedenen Bruch mit der Vergangenheit — wie er den Wünschen der Prinzessin entsprach — wollte Wilhelm mit seinem Regierungsantritt keinesfalls verbinden. Einem Abgleiten in das ihm unliebsame liberale Fahrwasser und der zu weit gehenden Ausdeutung seines Programms suchte er von vornherein vorzubeugen, indem er zwei Männer des früheren Ministeriums behielt, von denen er den widerstrebenden August von der Heydt mit besonderer

Hartnädigkeit zum Bleiben zu bestimmen mußte. In diesem Sinne war auch die Wahl des sehr gemäßigten Fürsten Karl Anton von Hohenzollern zum Ministerpräsidenten und des Innenministers v. Flottwell gedacht, während andererseits Ugedom und Pourtales, die dem Ministerium eine einheitliche Farbe im Sinne der Prinzessin gegeben haben würden, übergangen wurden. Wilhelm bezeichnete seine Einstellung, das Programm seiner Regierung als „konservativ-liberal“. Der Schwerpunkt lag dabei für ihn selbst in dem ersten Bestandteil der Bezeichnung. Sein Liberalismus beschränkte sich doch im wesentlichen darauf, daß er ehrlich auf dem Boden des neuen Konstitutionalismus stand, mit den gegebenen Verhältnissen rechnete und allen reaktionären Bestrebungen ablehnend gegenüberstand. Auf diesem Wege lag für ihn „die goldene Mittelstraße“. Schon 1846 hatte er sich geäußert (Nr. 29): „Ich huldige dem Fortschritt, da das Reaktionäre oder Stagnante den Untergang in allem bringt.“ Er fügte aber hinzu: „Aber Sprünge will ich niemals und keine Veräußerung der Kronrechte.“ Was er wollte, war ein Fortschritt auf lange Sicht und mit erheblicher Begrenzung. In dieser Hinsicht hatte sich seine Auffassung nicht verändert. War der Prinz von Koblenz aus den liberalen Forderungen zugänglicher erschienen, und erwartete man deshalb von ihm als Herrscher eine Fortentwicklung in dieser Richtung und ein liberales Regiment, so übernahm man jene Gewissensbindungen. Man bedachte nicht, daß die bisher rein kritische Einstellung Wilhelms zu den Dingen eine andere werden mußte von dem Augenblicke an, wo er selbst als verantwortlicher Leiter an die Spitze trat und dadurch sein Selbstbewußtsein und das Gefühl der Gebundenheit an altpreußische Tradition sich steigerten. Wilhelm wollte

im Sinne der besten seiner Vorfahren auf dem preussischen Throne selbst herrschen, selbst den Weg bestimmen, auf den ihn Überzeugung und Gewissen führten, und über den Parteien stehen, sie unter einer weisen, gerechten und starken Regierung in gemeinsamer Hingabe für Preussens Macht und Ehre vereinen. So meinte er, die liberale Richtung, der er in seinem ersten Ministerium einen Platz anwies, in die von ihm gewollten Bahnen ziehen zu können, nicht aber ihren Grundanschauungen oder der öffentlichen Meinung zu willfahren. Das Selbstbewußtsein, das ihn damals erfüllte, kommt auch in der bekannten Äußerung zu Bismarck zum Ausdruck, er werde selbst sein Minister des Auswärtigen und des Krieges sein. Er sah die Schwächen seiner Ratgeber, aber er glaubte sie durch die eigene Persönlichkeit ausgleichen zu können, er hatte einen festen Willen, ein bestimmtes reales Ziel und unbedingtes Gottvertrauen.

Die von Kindheit an in ihm wurzelnde Religiosität fand durch die Anschauung von dem Königtum von Gottes Gnaden, von dem unmittelbaren Verhältnis, in das er als Herrscher zu dem göttlichen Lehnsherrn trat, stärkere Bedeutung.

Der konservative Grundzug seines Wesens trat gleich in der ersten Rundgebung des Regenten in den Vordergrund, wenn diese auch liberaler Gesichtspunkte, wie sie durchaus im Sinne des Prinzen lagen, nicht entbehrte. Jegliche Reform sollte sich langsam aus dem wirklichen Bedürfnis heraus entwickeln, nicht etwa als ein Zugeständnis gegenüber liberalen Forderungen in Erscheinung treten.

Die allgemeine Strömung der öffentlichen Meinung suchte eine raschere Bewegung und ließ sich so einfach durch den königlichen Willen nicht auf die Dauer eindämmen

oder anhalten, zumal die gewählten Mitarbeiter nicht ein gleicher einheitlicher Geist erfüllte.

An die Person des neuen Herrschers hatten sich Erwartungen geknüpft, die auf eine alsbaldige Erfüllung drängten und, je länger eine solche auf sich warten ließ, Mißstimmung und Opposition erzeugten, die auch positive Teilerfolge übersah.

So konnte die beiderseitige Enttäuschung nicht ausbleiben. Die Wege des Herrschers und des Liberalismus mußten bald und immer weiter auseinander führen. Es folgt zwangsläufig der offene Konflikt, in dem das uneinheitliche Ministerium stürzt und dem hartnäckigen Verfechter des monarchischen Prinzips der Sieg verbleibt.

Der Thronfolger pflegt stets Kristallisationspunkt von Erwartungen zu sein, die sich selten im Sinne derer, die ihre Hoffnungen an ihn knüpfen, erfüllen. Trat dies früher in der absoluten Monarchie, wo es nur einen Willen gab, weniger in Erscheinung, so gewann es jetzt zum ersten Male auf dem Boden einer neuen Staatsform und in dem Spiele der zur Macht emporsteigenden öffentlichen Parteien größere Bedeutung. Wilhelm mußte es alsbald erfahren, daß die Bestrebungen, denen er sich entgegenstemmte, ihren Rückhalt wieder bei dem Erben suchten. Auch Friedrich Wilhelm dürfte, wenn ihm länger und früher die Regierung beschieden gewesen wäre, den Liberalismus trotz aller berechtigten Hoffnungen, die er gab, bald enttäuscht haben.

Dem Streben nach der deutschen Einheit hatte der Prinz schon frühzeitig verständnisvoll gegenübergestanden. Die Unionspolitik des Generals von Madowitz hatte er mit Eifer unterstützt, er war bereit gewesen, den äußersten Einsatz dabei zu wagen.

Würde er nun als Regent Preußens deutsche Politik treiben und den Hoffnungen des Volkes entsprechen?

Die Wege, auf denen Wilhelm das Ziel der deutschen Einheit allein für erreichbar hielt, waren zu verschieden von denen, welche die öffentliche Meinung suchte, die in dem Willen des Volkes den entscheidenden Faktor sah.

Nachdem das Geschick Wilhelm auf den Platz der preussischen Könige gestellt hatte, erfüllte ihn allein die Idee dieses starken unabhängigen Königtums, auf dem Deutschlands Zukunft ruhen sollte. Die deutsche Einheit mußte seiner Ansicht nach zwangsläufig mit der Steigerung des Ansehens Preußens von selbst kommen, sie lag auf dem Wege, der Preußen seit Friedrich dem Großen vorgeschrieben war, sie war nur durch Kampf erreichbar und stand ihm deshalb noch in nebelhafter Ferne.

Die Stärkung der Großmacht Preußen, ihre Wehrhaftmachung für die Aufgaben, welche die Zukunft barg, war daher das Ziel, das er sich in richtiger Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse setzte, das Ziel, von dem er weiß, daß er es erreichen kann und wird. In Deutschland kann und will Preußen jetzt nur „moralische Eroberungen“, d. h. durch Steigerung seines Ansehens machen. Daß man mehr im Augenblick von ihm erwartete, ließ ihn an den Menschen fast verzweifeln (Nr. 288). Wie Friedrich Wilhelm I. die Grundlage schuf, auf der Friedrich einst größeres vollbringen konnte, so will auch er die Mittel erst bereiten, die später vielleicht dem Sohne den Erfolg gewinnen sollen. Ein Verfechter deutsch-nationaler Wünsche in Anknüpfung an die Bewegung von 1848 wird und kann er nie sein. Die Rolle eines Viktor Emanuel liegt ihm nicht.

Schon gleich nach Beginn der Regentschaft tritt in

diesem Punkte der Gegensatz zu der Einstellung des neuen leitenden Ministers in Erscheinung. Der Wahlaufruf eines Beamten hebt die preußische Fahne hoch und verpönt die Anhänger der schwarz-rot-goldenen Idee. Muerstwald möchte den Verfasser, der dem neuen Regime den populären Wind aus den Segeln zu nehmen droht, maßregeln, aber jener hat ganz im Sinne Wilhelms gesprochen, „denn ich wüßte niemand“, schreibt er, „der heute noch Schwarz-Weiß mit Schwarz-Rot-Gelb vertauschen will“.

Der Regent wird selbst der unermüdlische Verfechter des von ihm vertretenen Programms. Er unterschätzt die öffentliche Meinung nicht und sucht mit Wort und Schrift zur bessern Einsicht zu belehren. Eifrig liest er die Tageszeitungen und kontrolliert mit kritischem Blick die offiziöse Presse. Er verweist der Regierung eine scharfe Polemik gegen rechts und fordert ein energisches Abdrücken von Schlagworten des Liberalismus und von Hinneigungen zu parlamentarischen Regierungsformen. Was er vor allem immer wieder von der Regierungspresse fordert, das ist der nationale Schwung, die Belebung des preußischen Patriotismus und der monarchischen Idee, des Königtums von Gottes Gnaden.

Schon sieht er aus den Vorgängen des ersten Wahlkampfes ein bedenkliches Abgleiten nach Links und das drohende Aufsteigen und Wachsen hartnäckiger Opposition. Im Bewußtsein pflichtmäßigen Handelns fürchtet er auch den Kampf nicht. Durch Drohungen werde man ihn nie zur Nachgiebigkeit gegenüber einem Programm bringen. Es sind scharfe Töne, die er anschlägt; eine über seinen durchaus konservativen Charakter belehrende Epistel an

Karl von Vinde schließt mit den herrischen Worten: „Wozu sich zu richten“ (Nr. 262).

Wilhelm blieb in seiner Einstellung gegenüber dem Liberalismus unerschütterlich der gleiche, er ist inmitten seines ersten Ministeriums die einzige charaktervolle klar umrissene Persönlichkeit. Die Wirksamkeit familiärer oder fremder Einflüsse ist, wenn wir hier von Fragen der auswärtigen Politik absehen, nirgends in seinen Äußerungen und Handlungen zu erkennen. „Wenn man 64 Jahre alt ist“, schrieb er 1861, „darf man Anspruch machen, sich selbst ohne anderer Eingebung ein Urteil zu bilden.“

Wie er seinen Ministern, deren Verhalten ihm häufig Anlaß zur Kritik gab, mündlich und schriftlich seine bestimmt gefaßten Anweisungen erteilte, so gab er sich auch gelegentlich redliche Mühe, um Abgeordnete mit der Feder zu seinen Auffassungen zu bekehren (Nr. 282, 283, 285, 299). Unablässig und beharrlich verfolgt der König seine Meinung gegen die Widerstände von links und rechts.

Es gelang nicht, wie er es wünschte, den preussischen Patriotismus anzublasen und das Vertrauen des Volkes, das Wilhelm trotz allem für seine eigene Person lebendig glaubte, seiner Regierung in den Wahlen wieder zu gewinnen.

Die Wellen brandeten stärker gegen das von dem Monarchen gesteuerte Schiff, die liberalen Männer der Regierung mußten über Bord, die „Neue Ära“ war zu Ende.

Trotz sichtbarer Erfolge verschärfte sich die Lage, auch das neue Ministerium wurde schwankend. König und Volksvertretung hatten sich in einen unüberbrückbaren Gegensatz verrannt. Nahezu vereinsamt in Haus und Land stand der in seinem Willen unbeugsame König da, als er in

Bismarck einen gleichgesinnten, zum weiteren Kampf entschlossenen Helfer fand.

Bekanntlich hatte sich der König, für den Nachgiebigkeit in der Heeresfrage entgegen seiner gewissenhaften Überzeugung nicht in Frage kam, bereits entschlossen abzugeben. Stand dieser Entschluß wirklich schon so ernsthaft fest, daß er ohne Bismarcks Dazwischentreten sogleich zur Wirklichkeit geworden wäre? Ein Entschluß, dessen Folgen für den König und das Land bei der Lage der Dinge kaum auszudenken war, denen gegenüber ein Einlenken des Königs selbst leicht wiegen mußte!

Wilhelm hatte oft von seiner Entschlossenheit zum äußersten Kampf gesprochen. Diese Probe war noch nicht bestanden. Neun Monate später äußerte er (Nr. 354), daß man eine von Gott empfangene Krone nur mit dem Tode abgeben könne, aber diesen Gesichtspunkt hatte ihn erst sein Ministerium am 21. September 1862 unterbreitet, er hat ihn daher übernommen.

Schon am 10. September schrieb er an v. d. Heydt, daß er nur einen Ausweg kenne, wenn alles ihn im Stiche lasse! Diese Andeutung war zweifellos zunächst darauf berechnet, die Minister in der Gefolgschaft auf seinem Wege zu erhalten. Eine unbedingt zuverlässige Stütze besaß der König noch in seiner militärischen Umgebung und im Heere. Grade von ersterer Seite wurde er in der unnachgiebigen Haltung bestärkt.

Am 19. September schreibt er: „Wir müssen jetzt durch, in 30 Tagen ist alles verloren“, das spricht noch von der Entschlossenheit zum Durchhalten. Kurz vorher aber (17. September abends) ruft der König den Kronprinzen und setzt mit peinlicher Sorgfalt eine Abdanfungsurkunde auf,

in der er nur das Tagesdatum offen ließ¹⁾. Der Grund lag in der schwankenden Haltung des Staatsministeriums. Wenn Wilhelm jetzt ernsthaft einen Schritt vorbereitete, der seiner Auffassung nach nur unheilvolle Folgen für die Monarchie nach sich ziehen mußte und allen Traditionen widersprach, so wollte er doch wohl dadurch die sofortige Entscheidung der Minister (an die Berufung anderer Männer hatte er nicht mehr gedacht) für oder gegen ihn erzwingen und feststellen, ob wirklich alles ihn und den monarchischen Gedanken im Stiche lasse. Diesen Zweck hat er erreicht. Am 21. September lag ihm die Eingabe des Gesamtministeriums vor, worin es in bewegten Worten die Unmöglichkeit eines derartigen Schrittes begründete und den König inständig bat, das landesherrliche Regiment bis zu seinem Tode zum Segen des Landes fortzuführen. Diese Vorstellungen mußten tiefen Eindruck auf den König machen, der einen von den Ministern so entschieden widerratenen und abgelehnten Akt niemals ohne weiteres vollzogen hätte.

Wilhelm hat selbst bekannt, daß diese Kundgebung ihm das Vertrauen, daß er von seinen Ministern nicht verlassen sei, wiedergegeben habe²⁾. Er fand es vollends in der Person des neuen Ministerpräsidenten, den er am 22. September berief. Als ihm ein Jahr später von Binde-Obendorff eine Denkschrift „über den inneren Konflikt in Preußen“ einreichte, da bemerkte der König hinsichtlich der bestehenden budgetlosen Regierung: „Wer dem Volke glauben

¹⁾ Gedr.: Kaiser Friedrich III. Tagebücher von 1848—1860. Hrsg. von H. D. Meißner (1929), S. 498 ff. Faksimile des Schlußteiles bei Egmont Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht (1931), S. 300. Zechlin vertritt die Auffassung, daß ohne Bismarcks Eingreifen die Abbanlung sofort Tatsache geworden wäre.

²⁾ Zechlin erblickt darin eine Selbsttäuschung Wilhelms.

macht, daß dies ein Verfassungsbruch sei, der will die Revolution! Da man sich alle Mühe gibt, dies dem Volke glauben zu machen, so werden wir auch die Revolution haben, und man wird sehen in Preußen wie überall, daß die Volksverführer die ersten sind, die nach der Dynastie das Schaffott besteigen müssen."

Als der König Bismarck berief, lagen vier Jahre selbständiger Regierung hinter ihm. Sie hatten trotz allem ehrlichen Willen, mühsamer Arbeit und Pflichttreue nur Enttäuschungen, Konflikte im eigenen Hause, mit Freunden und mit dem Volke gebracht. Diese Erfahrungen hatten dahin geführt, daß er sich jetzt einer Persönlichkeit anvertraute, an die er, wie er damals aufzeichnete, bisher „nie ernstlich“ gedacht hatte.

Der Kapitän, der solange selbst das Steuer führte, trat in der Folge auf den Kommandoturm zurück, das Steueruder ergriff mit sicherer Hand der Ministerpräsident. Sie haben beide das ihnen anvertraute Schiff in glücklicher Ergänzung durch alle Klippen zum Ziele geführt.

Von den Briefen an Bismarck sind hier nur einige unveröffentlichte Stücke aufgenommen.

Seit der Thronbesteigung hörte der bis da so eifrig und gern gepflegte Briefwechsel Wilhelms mit den Männern, die ihm einst als Prinz aus dem Kreise der Offiziere und Politiker nahegetreten waren, nahezu auf.

Bunsen und Leopold von Orlich starben 1860, Oldwisch von Naxmer starb 1861, andere waren ihnen bereits vorausgegangen. Aber auch Karl von Vinde, der als unermüdlicher Berater und Warner seine Stimme erhoben hatte, schrieb seltener und nur wenige Antworten Wilhelms liegen aus diesen Jahren an ihn vor. Vinde starb 1869. Das

deutsche Kaisertum hat er nicht erlebt. Die innere Entfremdung hatte durch die politische Haltung des Königs zugenommen, seine Antworten auf die Vorstellungen des im anderen Lager befindlichen Politikers zeigten oft einen gereizten Ton. Eine Ermunterung zu weiteren politischen Erörterungen konnte das nicht bedeuten.

Die überwiegende Mehrzahl der Briefe des Königs trägt einen amtlichen Charakter, sie ergänzen den mündlichen und den geschäftlichen Verkehr mit den Ministern. Von einer weiteren Heranziehung des Aktenmaterials mußte dabei abgesehen werden.

Verzeichnis der Briefempfänger¹⁾.

- Adolf Heinrich Graf von Arnim-Bohnenburg 299.
Rudolf von Auerswald 178, 258, 259, 262, 263, 264, 265, 266, 270, 271, 272, 274, 276, 277, 278, 281, 286, 294, 295, 296, 305, 307, 308, 310.
Moritz August von Bethmann-Hollweg 254*.
Otto von Bismarck 352, 355, 356.
Christian Karl Josias von Bunsen 172, 175, 177, 181, 183, 193, 195, 196, 199, 212, 215, 217, 230, 235, 242, 267, 273*, 275*.
Herzog Ernst II von Sachsen-Koburg-Gotha 359.
Karl Graf von der Gröben-Neubörschen 180, 186, 188, 189, 191, 192, 208, 210, 211, 213, 216, 224, 238, 245, 268, 297, 301, 302, 303, 314, 350, 354.
Robert von der Goltz 232, 236, 240, 353.
August von der Hecht 257*, 315, 316, 317, 320, 322, 323, 325—328, 331—335, 337, 338*, 339*, 340, 342*, 343, 344*, 345, 346*, 367, 368*, 369*, 370*, 371, 373, 374, 375, 377, 378*, 379.
Alexander von Humboldt 197.
Emil Jullaire 253, 256.
Edwin von Manteuffel 203, 225, 365.
Christian Meyer 280, 288, 347.
Karl August Milbe 282, 283, 285.
Joh. Friedrich Moeller 205, 206, 207, 226.
Robert Frh. von Patow 260, 279, 284, 298, 311, 312, 318, 319, 321, 324, 329, 341.
Karl von Rehder 174, 194, 198, 204, 220, 239.
Albrecht von Roon 310*, 379.
Friedrich Theodor Schaaff 190, 202, 209, 219, 241, 287, 351, 363, 372.
Alexander Frh. von Schleinitz 247*, 248*, 289, 290, 291, 292, 293.

¹⁾ Die mit Stern bezeichneten Nummern sind Schreiben der betr. Personen.

Julius Frh. von Schleinitz 179. 200. 223. 237.
 Maximilian Graf von Schwerin-Buxar 341.
 Rudolf Graf von Stillsfried-Rattonitz 309.
 Christian Friedr. Frh. von Stodmar 227. 231. 233. 234. 244.
 Rudolf von Nechtritz 214. 221.
 Guibo von Ugedom 182. 184. 185. 187*. 228. 269.
 Karl Frh. von Vinde-Dibendorf 173. 176. 201. 222. 243. 246. 249. 252.
 255. 261. 304. 349. 358. 376.
 Ferd. Otto von Westphalen 250. 251. 254.
 Adolf Frh. von Willisen 348.
 Frh. Frh. von Winkingersode 218.
 Hartmann von Wipleben 313. 330.
 Friedrich Frh. von Wrangel 300. 336.* 357. 360. 361. 362. 366.
 Unbekannt 306. 364.

172. An den Gesandten in London Christian
Karl Josias v. Bunsen

Coblenz, den 2. Januar 1854 ¹ 7 Uhr N.

Die Posten gehen so entsetzlich langsam wegen des Schneefalles, daß Ihre Expedition vom 31. mir soeben erst zukam, und ich sie durch sofort zurücksende Ihrem Wunsche gemäß. Die ungeheure Wichtigkeit und Tragweite der Mittheilungen fühle ich durch und durch, sowohl die im preussischen Interesse als die orientalischen Mittheilungen. Die preussisch-deutschen Ideen sind von immenser Wichtigkeit und sind dieselben Andeutungen, welche M[anteuffel] und Bonin mir noch in Berlin machten. Aber ein Wort, das davon verlautet, wirft alles um, und dann stehet es schlimm um uns. Alles geheim, bis der Moment kommt, wo eine Entscheidung nötig ist, — aber alles vorbereitet dazu! Dann gebe Gott seinen Segen! Aber ich sehe selbst bei der geschicktesten Behandlung ungeheure Schwierigkeiten voraus! Wie wird in jenem Moment uns Radowicz fehlen, den ich ewig betrauern werde!!!

Der Brief ² wegen der katholischen Frage ist schwer zu verstehen, wenn man die Fragen nicht kennt, die Ihnen gestellt wurden. Ich habe S[avigny's] Stellung und Einwirkung ³ nicht so nachtheilig bisher betrachtet, als Sie.

Ich muß schließen, um die Post nicht zu versäumen.

[M. G.]: Ich habe einen sehr eindringlichen Brief meiner Schwester, der Kaiserin, geschrieben!!

¹ Er schreibt 53. — ² Liegt nicht vor. — ³ Beischrift Bunsens: „in der Badenschen Sache“.

173. An Karl Frh. v. Vincke-Olbendorf

Coblenz, den 3. Januar 1854 ¹

... [Dank für Wünsche]. Sehr schwarz siehet die Zukunft dieses Jahres aus, und man muß mehr wie je auf den Himmel blicken und ihm vertrauen. Schwerlich wird Rußland die nun wirklich von der Pforte angenommene Wiener Note ² annehmen, da der intempestive Befehl zum Vorgehen der kombinierten Flotten ³ bei ihm alle Friedensvorschläge scheitern machen muß. So verstrichen sich die Dinge im Moment, wo man der Lösung nahe sein konnte!

Was Sie mir über die innere Entwicklung hinsichtlich der Gemeindeordnung sagen, stimmt seit langer Zeit zum Erstaunen mit meiner Ansicht überein. Sie sagen:

„Wir gehen von der Ansicht aus, den Gemeinden so viele Selbstverwaltung ihrer inneren Angelegenheiten zu überlassen, als bei der Kulturstufe derselben irgend möglich ist, und die Aufsicht des Staats nur so weit auszudehnen, als die Einheit des Ganzen und die Unreife und Unbeholfenheit des Volkes es nötig macht, und so, die Nachteile einer zu starren bürokratischen Zentralisation nach französischem Beispiel vermeidend, das Volk allmählich zu immer ausgedehnterer Selbstverwaltung seiner Gemeindeangelegenheiten heranzubilden und es so der Freiheit und Selbstständigkeit fähig zu machen, welche das Ganze nicht schwächt und auflöst, sondern stärkt und lebenskräftig macht.“

Dies ist es, was ich immer im Auge hatte, warum ich 1850 so entschieden gegen die Gemeindeordnung aufgetreten bin, weil sie Ideale in den Gemeinden sah, die nicht vorhanden waren — und was ich auch vorig Jahr in der Pommerschen Audienz aussprach; an das Bestehende muß man anschließen das, was jetzt erst möglich ist! Da liegt der Stein der Weisen!

¹ Er schreibt 53. — ² Die auf der Konferenz der Westmächte in Wien festgestellten Friedensgrundlagen. — ³ Einlauf der westmächtlichen Flotten in das Schwarze Meer.

174. An den Generalleutnant Karl von Meyher,
Chef des Großen Generalstabes

Coblenz, den 3. Januar 1854

... Sehr schwarz sieht dies Jahr bei seinem Beginn aus, und Ihre Kombinationen sind gewiß sehr richtig. Durch die Annahme der letzten Wiener Note in Konstantinopel ist freilich ein großer Friedensschritt geschehen; aber durch die unbesonnene Maßregel, die kombinierten Flotten wegen der Sinope-Niederlage ins Schwarze Meer einsegeln zu lassen, ist die Aussicht, daß Rußland jene Note annimmt, so gut wie unmöglich! Unsere Lage wird schwierig, weil sie zwischen Herz und Politik zu wählen hat. Wir Soldaten haben nur zu gehorchen und nehmen die Front ein, die unser Kriegsherr uns anzunehmen befehlen wird, und haben dann nur dafür zu sorgen, daß der Ruhm und die Ehre unserer Waffen erhalten und gemehrt werde!

Auf Wiedersehen am 18.

[M. G.]: Welche Verluste für den Staat und die Armee in 5 Tagen, Radowitz¹ und Griesheim²! Die Verdienste und Eigenschaften des ersteren werden erst nach dem Tode